

Wirtschaftspolitischer Abend

„Biodiversität als Grundlage gesellschaftlichen Wohlstands - Neue Formen der Berichterstattung“

Wenn Politik auf Wissenschaft trifft, kann es manchmal schwierig werden mit der Verständigung. Nicht so bei einem Wirtschaftspolitischen Abend, zu dem das Projekt Bio-Mo-D am 10. Oktober 2024 Abgeordnete von SPD, FDP, Bündnis 90/Die Grünen und CDU sowie Interessierte in die Räume der Parlamentarischen Gesellschaft nach Berlin eingeladen hatte, um mit ihnen Ergebnisse des dreijährigen Forschungsvorhabens zu diskutieren. Es ging um „Biodiversität als Grundlage gesellschaftlichen Wohlstands“ und wie neue Formen der Wirtschaftsberichterstattung helfen können, diesem Ziel näher zu kommen. Dass der Erhalt von Biodiversität (überlebens)wichtig ist, darin waren sich Wissenschaft und Politik einig. Nur der richtige Weg zum Ziel wurde bei einer Podiumsdiskussion lebhaft und zum Teil kontrovers debattiert.

Die Schirmherrin des Abends, die Grünen-Abgeordnete Katharina Beck, sprach gleich in ihrer Begrüßung einen Punkt an, der die Berücksichtigung von Naturkapital in staatlichen und unternehmerischen Bilanzen deutlich erschwert. „Beim Klimawandel haben wir mit der CO₂-Emission eine einheitliche Kennzahl“, sagte die finanzpolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion ihrer Partei. „Das haben wir bei Biodiversität nicht.“



Die Schirmherrin des Parlamentarischen Abends, Katharina Beck (MdB, Bündnis90/Die Grünen), eröffnete die Veranstaltung im Kaisersaal der Parlamentarischen Gesellschaft Berlin (© J. Förster)

Genau solche Messgrößen möchte die Wissenschaft liefern. „Denn valide Daten und Indikatoren sind unverzichtbar für unternehmerische und staatliche Wirtschaftsberichte“, erklärte der Leiter des Bio-Mo-D-Projektes, Karsten Grunewald vom Leibniz-Institut für ökologische Raumentwicklung (IÖR) in Dresden. Deshalb wird dort auch an der Identifizierung solcher Kennwerte gearbeitet. Und es gebe bereits Indikatoren, „wenn auch noch nicht umfassend und aktuell genug“. Etwa den Messwert für „Artenvielfalt und Landschaftsqualität“ des Bundesministeriums für Umwelt und Verbraucherschutz, der die Veränderungen der Bestände ausgewählter Vogelarten für die wichtigsten Landschafts- und Lebensraumtypen in Deutschland darstellt. Mit dem neu entwickelten „Biotopwert der Ökosysteme Deutschlands“ könne zudem gezeigt werden, ob und wie Investitionen in Natur wirken. Insgesamt sei eine dynamische Entwicklung eines Ökosystem-Accountings zu verzeichnen, nicht zuletzt beim Statistischen Bundesamt, beschrieb Karsten Grunewald die Situation in seinem Eingangsstatement. „Die Herausforderung besteht darin, wichtige und gut verständliche Kenngrößen in neue Strategien wie die Nationale Biodiversitätsstrategie 2030, die Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie und in künftige Jahreswirtschaftsberichte der Bundesregierung klug einzubeziehen“,

forderte der Landschaftsökologe. „Dann erlangen sie eine höhere politische Relevanz und können ihr Steuerungspotenzial entfalten“. Zudem sollten die Daten und Indikatoren auch für regionale Planungen und die Berichterstattungen der Unternehmen nutzbar sein.

Dass die Leistungen intakter Ökosysteme ein wichtiger Faktor für unseren Wohlstand sind, sei in Deutschland trotz 20 Jahren Forschung zum immensen Wert von Naturkapital erstaunlicherweise noch nicht so ganz angekommen, konstatierte Bio-Mo-D-Forscher Roland Zieschank vom Institut für Zukunftsstudien und Technologiebewertung (IZT) in Berlin. Er skizzierte „riskante Defizite beim Wissenstransfer“ - und ging dabei auch mit der eigenen Zunft kritisch ins Gericht: „Der Wissenschaft ist es nur unzureichend gelungen, die politische Relevanz der Forschung zu verdeutlichen.“ Die politische Seite wiederum messe den gesellschaftlichen Wohlstand zu häufig noch allein an wirtschaftlichen Fakten. Die Folgekosten eines ökologisch nachteiligen Wirtschaftens würden falsch eingeschätzt, aber auch der positive Wert intakter Ökosysteme falle oft unter den Tisch. Andere Länder seien da schon weiter. Als Beispiel nannte Zieschank Großbritannien, wo die Ergebnisse aus Naturkapital-Analysen des Ministeriums für Umwelt und Landwirtschaft regelmäßig als Grundlage für Handlungsempfehlungen an das Finanzministerium weitergeleitet würden.



Von links nach rechts: Die Bio-Mo-D Forscher Dr. Karsten Grunewald (IÖR), Prof. Dr. Bernd Hansjürgens (UFZ) und Roland Zieschank (IZT) lieferten den wissenschaftlichen Input (© J. Förster)

Aber es tut sich etwas. „Und zwar ganz besonders auf Seiten der Unternehmen“, erläuterte Professor Bernd Hansjürgens vom Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung (UFZ) in Leipzig. Hintergrund ist die neue EU-Richtlinie zur Nachhaltigkeitsberichterstattung (CSRD), nach der vorerst nur große - später auch mittlere und kleine - Unternehmen angeben müssen, ob ihre wirtschaftlichen Aktivitäten wesentliche Auswirkungen auf Biodiversität und Ökosysteme haben und wo ihr Unternehmen wesentlich von Naturleistungen abhängt. „Die neue Richtlinie bietet eine Riesenchance für Unternehmen“, ist der Bio-Mo-D-Forscher überzeugt. Dadurch seien die Firmen angehalten, sich Gedanken über Naturrisiken für ihre Unternehmen zu machen und resiliente, nachhaltige Geschäftsmodelle zu entwickeln.

Wie real die Risiken sind, zeigt eine Studie der Europäischen Zentralbank. Danach würden drei Viertel aller Bankkredite in Europa an Unternehmen vergeben, die mehr oder minder stark von Ökosystemleistungen abhängig seien, berichtete Susanne Bergius. Die Journalistin und Referentin für nachhaltiges Wirtschaften und Investieren äußerte sich als Teilnehmerin einer Diskussionsrunde, die von der langjährigen ZEIT-Redakteurin und heutigen freien Journalistin und Buchautorin Christiane Grefe moderiert wurde.

Allerdings ist Susanne Bergius skeptisch bezüglich des ökologischen Engagements der meisten Konzerne und klein- und mittelständischen Firmen. Die Redakteurin des *Tagesspiegel Background Sustainable Finance* erklärte: „Es gibt bisher sehr wenige Unternehmen, die sich mit ihrer Abhängigkeit von Biodiversität beschäftigen. In der Finanzbranche sind es noch weniger.“ Da seien Wirtschaft und Finanzwelt in Frankreich und den Niederlanden deutlich weiter.

Für einen systemischen Fehler hält sie gar, dass nach der CSRD die Unternehmen darüber entscheiden können, ob Biodiversität für diese wesentlich und damit berichtspflichtig ist oder nicht. Denn die Richtlinie verlangt von Unternehmen, mit der sogenannten doppelten Wesentlichkeitsanalyse selbst zu prüfen, wie wichtig

Biodiversität und Ökosystemleistungen für ihre finanzielle Lage und Geschäftsentwicklung sind und welche Auswirkungen des Unternehmens wiederum wesentlich für die Natur sind. „Diese Bewertung allein den Unternehmen zu überlassen, führt in die Irre und ist der falsche Weg“, kritisierte Bergius und begründete das so: „Die meisten Unternehmen behaupten, sie müssten nichts dazu berichten, obwohl drei Viertel aller Unternehmen direkt oder indirekt von mindestens einer Ökosystemleistung abhängig sind.“

Eine Kritik, die Bernd Hansjürgens teilt: „Aus wissenschaftlicher Sicht kann ich es überhaupt nicht verstehen, dass zwar Klimaeffekte in der Berichterstattung fest etabliert sind, aber die Berücksichtigung der Auswirkungen auf die Natur ins Benehmen der Unternehmen gestellt wird. Natur und Klima sind zwei Seiten der gleichen Medaille!“

Grünen-Abgeordneter Jürgen Kretz hält es dagegen für zielgerichtet, dass Unternehmen einen Entscheidungsfreiraum bei der Wesentlichkeitsanalyse haben: „Das heißt, sie müssen nur da tiefer in die Berichterstattung einsteigen, wo es Probleme gibt.“ Und sollte ein Unternehmen ein Thema als „nicht wesentlich“ einstufen, so müsse es eine plausible Begründung dafür geben. Insbesondere im Hinblick auf weitere Richtlinien, die erfüllt werden müssten, hält es Kretz für notwendig, die CSRD-Richtlinie so bürokratiearm wie möglich einzuführen und Parallelprozesse zu minimieren. Dennoch begrüßt er die großen Fortschritte, die bei der verbindlichen gesetzlichen Nachhaltigkeitsberichterstattung gemacht worden seien.

Auf die Belastung der Unternehmen wies auch Christian Heller, der Vorstandsvorsitzende der Value Balancing Alliance (VBA) hin. Die Firmeninitiative ist Partner des Bio-Mo-D-Projektes und hat Ansätze entwickelt, mit denen sich der Einfluss von Unternehmen auf Umwelt und Gesellschaft monetär bewerten lässt. Derzeit kämen neben der CSRD-Richtlinie gleichzeitig noch weitere - mit viel Arbeit und Bürokratie verbundene - Berichterstattungspflichten auf die Wirtschaft zu: „Die Unternehmen drehen am Rad.“

Noch würden die Chancen einer Nachhaltigkeitsberichterstattung zu wenig gesehen, räumte Heller ein. Aber die Wichtigkeit sei erkannt, das Thema werde mittlerweile auf den Chefebene behandelt. Notwendig sei allerdings eine gemeinsame Sprache. „Die Wissenschaft muss deutlich mehr Übersetzungsarbeit leisten“, forderte der VBA-Chef. Die Wirtschaft sei es gewohnt, Daten zu monetarisieren. Dabei gehe es nicht um das gegeneinander aufrechnen. „Wir schauen nicht nur nach den Kosten, sondern auch nach dem Mehrwert“.



Die Panelisten des Abends von links nach rechts: Christiane Grefe (Moderatorin), Armand Zorn (SPD), Christian Heller (Value Balancing Alliance, VBA), Susanne Bergius (Journalistin), Jürgen Kretz (Bündnis90/Die Grünen), Till Mansmann (FDP), Dr. Hermann-Josef Tebroke (CDU) (© J. Förster)

Für eine Inwertsetzung des Naturkapitals plädierte auch Susanne Bergius: „Wir brauchen eine monetäre Bewertung, sonst werden die Leistungen von Ökosystemen und Biodiversität bei finanzrelevanten Entscheidungen in Unternehmen, Finanzinstituten und auf staatlicher Ebene nicht berücksichtigt.“

„Es muss uns gelingen, ökologische Fragen in den marktwirtschaftlichen Kontext zu stellen“, unterstrich der CDU-Abgeordnete Dr. Hermann-Josef Tebroke. Wenn die Richtlinie erfolgreich umgesetzt werden soll, dürften die Unternehmen nicht überfordert werden. Und es dürfe keine Wettbewerbsnachteile geben - etwa durch ungleiche Lastenverteilung, beispielsweise wenn mehrere Unternehmen ihren Standort an einem Fluss hätten, sich aber nur ein Unternehmen für den Gewässerschutz engagiere und die anderen davon profitierten.

Sein Bundestags-Kollege Till Mansmann von der FDP sprach sich nicht nur für eine effizientere und schlankere Berichterstattung aus, er zweifelte insgesamt an der Sinnhaftigkeit des Reportings. „Die Frage ist, ob der Benefit so groß ist“. Er hält wirtschaftliches Wachstum auch ohne negative Auswirkungen auf die Umwelt für möglich.

Das sieht der SPD-Abgeordnete Armand Zorn etwas anders. Die Unternehmen hätten das Thema in der Vergangenheit nicht angefasst, politische Vorgaben machten deshalb Sinn: „Wir müssen Ziele formulieren und Rahmenbedingungen setzen, auf deren Basis die Unternehmen dann planen können.“ Es sei aber wichtig, die Regularien so transparent wie möglich zu machen und bei der Umsetzung pragmatisch vorzugehen: „In Europa haben wir oft einen Hang zur Perfektion. Wir brauchen auch Mut zur Lücke!“

Zorn sieht aber nicht nur Politik und Wirtschaft in der Pflicht: „Wir wollen alle in einer intakten Welt leben. Aber sind wir alle auch bereit, den Aufwand dafür zu tragen?“ Da laufe die gesellschaftliche Debatte etwas unehrlich. Um die Ziele zu erreichen, werde das Engagement jedes Einzelnen gebraucht.

Unterstützung erhielt er in diesem Punkt von seinem CDU-Kollegen Tebroke. „Auch die Bevölkerung muss den Wert von Biodiversität und intakten Ökosystemen für unser gesellschaftliches Wohlergehen als solchen erkennen“. Das sei notwendig, um anstehende Transformationsschritte demokratisch durchzusetzen.

Und die gesellschaftlichen Herausforderungen sind gewaltig. „Wir erleben einen absoluten Paradigmenwechsel“, formulierte es VBA-Chef Christian Heller. „Wir merken: Unsere Ressourcen sind endlich. Aber wie gehen wir mit dieser Riesentransformation um in einer marktwirtschaftlich ausgerichteten und globalisierten Welt?“

Zumal die Zeit drängt. „Die heutige Finanzberichterstattung hat 100 Jahre gebraucht, bis sie sich etabliert hatte. So viel Zeit haben wir nicht mehr“, mahnte Susanne Bergius.

Umso wichtiger ist der Wissenstransfer zwischen Wissenschaft, Politik und Unternehmen – im Sinne eines besseren Verständnisses angesichts der dringlichen Suche nach guten Lösungen. Das ist auch eine Erkenntnis aus dem Forschungsprojekt Bio-Mo-D. An diesem Abend in der Parlamentarischen Gesellschaft hat es geklappt mit dem Austausch.

Konsortium



Leibniz-Institut
für ökologische
Raumentwicklung



Institut für
Zukunftsstudien und
Technologiebewertung



HELMHOLTZ
Zentrum für Umweltforschung



value
balancing
alliance

Förderung



Bundesministerium
für Bildung
und Forschung

